

SIGMAR GABRIEL –
BILANZ NACH EINEM JAHR ALS
SPD-PARTEIVORSITZENDER

Sigmar Gabriel – Bilanz nach einem Jahr als SPD-Parteivorsitzender

1. Gabriels Leitmotiv – Populismus als Politikstil	2
2. Gabriel und die Grünen – Strategische Fehleinschätzungen	3
3. Gabriel und die Linkspartei – Strategische Öffnung	3
3.1 Richtungsstreit in der SPD über den Umgang mit der Linkspartei im Bund	4
3.2 Herum-Eierei und Wählertäuschung in Bund und Land	4
4. Gabriels Politik – populistisch, widersprüchlich, unseriös und rückwärtsgewandt.....	5
4.1 Steuerpolitik I: Gabriel gegen Adam Riese – Wie der SPD-Vorsitzende jeden Euro dreimal ausgibt	6
4.2 Steuerpolitik II: Gabriels Steuererhöhungsorgie	6
4.3 Steuerpolitik III: Gabriels falsche Annahmen.....	7
4.4 Arbeitsmarktpolitik I: Gabriels bewusste Irreführung der Öffentlichkeit	7
4.5 Arbeitsmarktpolitik II: Gabriels Rolle rückwärts beim Kombilohn.....	8
4.6 Außenpolitik: Gabriels falsche Anschuldigungen.....	9
4.7 Bildungspolitik: Gabriels Zick-Zack-Kurs bei den Studiengebühren	9
4.8 Energiepolitik: Gabriels plumper Populismus und dessen Ablehnung durch SPD und Grüne	9
4.9 Gesundheitspolitik: Gabriels Rolle rückwärts bei mehr Eigenverantwortung	10
4.10 Sozialpolitik: Gabriel kennt offenbar die eigene Beschlusslage nicht.....	11
5. Sigmar Gabriel im Spiegel der Presse	12

1. Gabriels Leitmotiv – Populismus als Politikstil

Gabriel, der sich als SPD-Vorsitzender selbst als „das Produkt einer tiefen Krise der SPD“ beschreibt (FAZ, 17.1.2010), hat sich und seiner Partei den Populismus als klares Leitmotiv gegeben. Gabriel sagte: „Den Spruch ‚Erst das Land, dann die Partei‘ habe man fünf Jahre lang gehört (...) ‚Wir müssten mit dem Klammerbeutel gepudert sein, das weiter zu treiben.‘“ (Welt online, 16.1.2010).

Der Populismus des Sigmar Gabriel kennt keine Grenzen. Als Ministerpräsident behauptete Gabriel allen Ernstes: „Sozialismus ist Champagner für alle und nicht Rotkäppchen-Sekt für wenige.“ (Leipziger Volkszeitung, 23.11.2002) Populismus ist für Gabriel einfach zum Politikstil geworden. Seiner Partei empfiehlt Gabriel: „Der SPD würde es gut tun, wenn sie wieder parteiischer wird.“ (Spiegel online, 20.9.2010)

Inhaltlich hat Gabriel die SPD in nur einem Jahr weit hinter die Politik der Agenda 2010 zurückgeführt. In zentralen Punkten in der Familien-, Steuer-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik hat die Gabriel-SPD eine Rolle rückwärts nach der andern hingelegt. Nach einem Jahr unter Führung Sigmar Gabriels steckt die SPD in einer tiefen Identitätskrise und opponiert hilflos gegen sich selbst.

	Was die SPD in der Regierung getan hat	Was die Gabriel-SPD in der Opposition fordert
Familienpolitik	Ehegattensplitting beibehalten	Ehegattensplitting abschaffen
Steuerpolitik	Spitzensteuersatz auf 42 Prozent gesenkt	Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen
	Vermögensteuer nicht wieder eingeführt	Vermögensteuer wieder einführen
Rentenpolitik	Rente mit 67 eingeführt	Rente mit 67 aussetzen
Arbeitsmarktpolitik	Arbeitsmarktreformen durchgeführt	Arbeitsmarktreformen zurückdrehen

2. Gabriel und die Grünen – Strategische Fehleinschätzungen

Im Verhältnis zu den Grünen hat Gabriel entscheidende strategische Fehler gemacht. Weil er nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden zunächst eine zu große Nähe zu ihnen suchte und die Ur-Themen der Grünen zu stark ansprach, hat er den Aufstieg der Grünen in den Umfragen maßgeblich befördert. So hielt Gabriel beispielsweise am 19. April 2010 eine gemeinsame Pressekonferenz mit den beiden Parteivorsitzenden der Grünen ab. Und wenige Tage später demonstrierte Gabriel Seit' an Seit' mit den beiden Fraktionsvorsitzenden der Grünen.

Auf der Strecke geblieben ist dabei vor allem die SPD, die in bundesweiten Umfragen auf dem katastrophalen Ergebnis der Bundestagswahl 2009 stagniert, während die Grünen an ihr vorbeigezogen sind. (Forsa, 3.11.2010: SPD 23 Prozent, Grüne 24 Prozent) Mit seinem später vorgenommenen Strategiewechsel hin zu mehr Konfrontation hat Gabriel seine strategischen Fehleinschätzungen nicht mehr wettmachen können. Zwischen SPD und Grünen findet inzwischen ein Rollenwechsel zwischen „Koch“ und „Kellner“ statt.

3. Gabriel und die Linkspartei – Strategische Öffnung

Bis zur Bundestagswahl 2009 galt in der SPD auf Bundesebene ein kategorisches Nein zu jeglicher Kooperation mit der Linkspartei. Im ihrem Wahlprogramm hieß es: „Ein Bündnis mit der Partei ‚Die Linke‘ schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene für die gesamte nächste Legislaturperiode aus. Wir werden auch keine Minderheitsregierung bilden, die von der Linkspartei geduldet wird.“ (SPD-Bundestagswahlprogramm 2009, 14.6.2009)

In seinem ersten Schritt als Parteivorsitzender hatte Gabriel diesen Beschluss beiseite gewischt und die SPD für Rot-Rot auch im Bund geöffnet. Seit dem Dresdener SPD-Bundesparteitag vom 13. bis 15. November 2009 gilt in der SPD: „Weder schließen wir bestimmte Koalitionen aus Prinzip aus, noch streben wir aus Prinzip bestimmte Koalitionen an.“ (Beschluss des SPD-Bundesparteitages, 13.-15.11.2009) Damit lässt die Gabriel-SPD nicht nur jegliche koalitionspolitische Klarheit vermissen, sie hat auch wenige Wochen nach der Bundestagswahl gezeigt, wie wenig die kategorische Absage der SPD an die Linkspartei im Bund im Zweifelsfall Wert gewesen wäre.

3.1 Richtungsstreit in der SPD über den Umgang mit der Linkspartei im Bund

Nachdem Gabriel die SPD für eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei geöffnet hatte, ging er im Sommer 2010 zügig daran, seinen Plan für eine Kooperation mit den SED-Erben im Bund weiter vorzubereiten. Auf die Frage, ob „eine Minderheitsregierung auch im Bund nach der nächsten Wahl eine realistische Option“ sei, antwortete Gabriel: „... Minderheitsregierungen sind nichts, was man anstrebt. Aber sie können (...) manchmal das Ergebnis von Wahlen sein.“ (BamS, 11.7.2010)

Die Reaktionen von führenden Vertretern der SPD fielen ablehnend aus. Steinmeier qualifizierte Gabriels Plan als „Quatsch“ ab. (FAS, 18.7.2010) Und Steinbrück schrieb wenig später, dass „... eine Öffnung der SPD zur Linkspartei (...) der sichere Weg zu deutlichen Verlusten der SPD“ sei. („Unterm Strich“, Hamburg 2010, S. 326) Gabriel hatte mit seinen Spekulationen über eine Minderheitsregierung im Bund den Richtungsstreit in der SPD über den Umgang mit der Linkspartei neu angefacht. Seine Äußerungen zu einer Minderheitsregierung im Bund hat Gabriel bis heute nicht zurückgenommen.

3.2 Herum-Eierei und Wählertäuschung in Bund und Land

Obwohl die interne Beschlusslage der SPD die Möglichkeit einer rot-roten Koalition auch auf Bundesebene ausdrücklich zulässt und Gabriel eine direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit den SED-Erben anstrebt, kann oder will der SPD-Vorsitzende dies doch aus Angst vor der ablehnenden Haltung in der Bevölkerung nicht offen sagen. Das Verhältnis von Gabriel zur Linkspartei ist deshalb von Herum-Eierei mit dem Ziel der Wählertäuschung geprägt. Auf Bundesebene sagt Gabriel „Ja“ und „Nein“ zur Linkspartei:

- „Es gibt für mich keinen Grund, Koalitionen prinzipiell auszuschließen“. (Rede auf dem SPD-Bundesparteitag, 13.11.2009)
- „Es gibt auch im Verhältnis zu denen ein paar Grundsätze. Vor allem, dass die SPD mit dieser in sich so gespaltenen Linken auf Bundesebene und manchmal auch auf Landesebene derzeit nicht zusammenarbeiten kann.“ (Spiegel, 5.7.2010)

Diese Zitate zeigen erstens, dass es im Verhältnis von Gabriel zur Linkspartei vor allem eines nicht gibt: Grundsätze. Und sie zeigen zweitens, dass es Gabriel ist, der auch hier mit gespaltenen Zunge spricht.

Diese Herum-Eierei des SPD-Vorsitzenden hat System. Auch im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf sprach sich Gabriel mal für und mal gegen eine Zusammenarbeit mit der extremistischen Linkspartei aus:

- „SPD-Chef Sigmar Gabriel hält eine rot-rot-grüne Koalition in Düsseldorf für erreichbar. Ein solches Bündnis erklärte er gestern in Berlin für grundsätzlich möglich.“ (Bonner Rundschau, 2.12.2009)
- „Ich glaube nicht, dass wir auch nur den Eindruck vermitteln sollten, wir wollten mit denen gemeinsam regieren.“ (ARD, Morgenmagazin, 21.1.2010)
- „Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel hält für die Sozialdemokraten alle Koalitionsmöglichkeiten nach der Landtagswahl am 9. Mai offen. ‚Ich schließe kein Bündnis mit irgendwem aus‘, sagte Gabriel am Freitag.“ (Thüringische Landeszeitung, 30.1.2010)
- „Wir können nicht bis zur Landtagswahl behaupten, die Linken in NRW seien nicht regierungsfähig und am nächsten Tag so tun, als habe es einen Intelligenzschub gegeben (...) Ich würde mir wünschen, man könnte in NRW mit den Linken zusammenarbeiten, aber mit diesen Chaoten geht es nicht.“ (Westfalen-Blatt, 29.4.2010)

Gabriel hat mit seiner ewigen Herum-Eierei in Sachen Rot-Rot die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen bewusst über die wahren Absichten der SPD getäuscht. Gabriels Wählertäuschung hat System. Er will den Bürgerinnen und Bürgern vor einer Wahl nicht klar sagen, was nach der Wahl mit ihrer Stimme passiert.

4. Gabriels Politik – populistisch, widersprüchlich, unseriös und rückwärtsgewandt

Die Politik des SPD-Vorsitzenden ist populistisch, widersprüchlich, unseriös und rückwärtsgewandt. Angesichts der Substanzarmut von Gabriels Argumenten und seinem anhaltenden Zick-Zack-Kursen fällt sogar dem SPD-Nachwuchs auf, „dass die Positionierungen je nach gesamtpolitischer Stimmungslage manchmal variabel sind“. (Sascha Vogt, Jusso-Bundesvorsitzender über Sigmar Gabriel, Frankfurter Rundschau, 23.9.2010)

4.1 Steuerpolitik I: Gabriel gegen Adam Riese – Wie der SPD-Vorsitzende jeden Euro dreimal ausgibt

Gabriel gibt sich gerne einen seriösen Anstrich. Er sagt: „Politische Seriosität entsteht durch Stimmigkeit in ihren Vorstellungen, Übereinstimmung von Reden und Handeln und auch Finanzierbarkeit ihrer Forderungen.“ (Spiegel, 5.7.2010) Gemessen daran entsteht bei Gabriel vor allem eines: politische Unseriosität. Für seine Forderungen hat er keinerlei stimmige Finanzierbarkeit. Einen Euro gibt Gabriel gleich dreimal aus.

In ihrem Bundestagswahlprogramm forderte die SPD die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent um damit Bildungsausgaben zu finanzieren. Damit hält sich Gabriel heute nicht weiter auf und fordert: „Ich will erstens sagen, dass ich jetzt Steuersenkungen will für Unternehmen (...) Und jetzt stellt sich die Frage, wie bezahlen Sie das (...) Wir brauchen nur jetzt den jetzigen Steuerbalkon von 45 auf 47,5 raufzusetzen, so, wie wir das auch in der Bundestagswahl schon vorgeschlagen haben. Den Unternehmen sollen sie die Steuern senken“. (Deutschlandradio Kultur, Tacheles, 3.4.2010) Doch jeden Euro zweimal ausgeben reicht Gabriel nicht. Er legt noch einen drauf und sagt: „Wir müssen eine offene Debatte darüber führen, wie wir die Kosten der Krise fair verteilen (...) Deshalb bin ich dafür, dass Reiche jetzt in den Zeiten der Krise eine höhere Steuerlast tragen.“ (Österreichische Zeitung „Krone“, 13.6.2010) Gabriel hat damit ein und denselben Euro dreimal ausgegeben. Schon Adam Riese wusste, dass das nicht geht.

4.2 Steuerpolitik II: Gabriels Steuererhöhungsorgie

Noch vor fünf Jahren stand Gabriel Steuererhöhungen skeptisch gegenüber. Er schrieb: „Wenn der Staat beim Zugriff auf die privaten Arbeitseinkommen etwas zurückhaltender vorgeht, heißt das nicht automatisch, dass soziale Standards abgebaut werden müssen. Wer das behauptet zeigt nur, dass seine Fantasie nur bis zur paritätischen Selbstverwaltung der Sozialversicherung reicht.“ („Für einen Perspektivwechsel: Auf dem Weg zum aktivierenden Sozialstaat“, in: Behrens, Fritz / Heinze, Rolf G / Hilbert, Josef / Stöbe-Blossey, Sybille (HrsG.): Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, 2005, S. 263-287, hier S. 267.)

Heute reicht Gabriels Fantasie gerade einmal soweit, die linken Sehnsüchte seiner SPD zu bedienen. Unter seiner Führung haben die Genossen mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer, der Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent und der Abschaffung

des Ehegattensplittings eine wahre Steuererhöhungssorgie beschlossen. Dem „Zugriff auf die privaten Arbeitseinkommen“ steht die Gabriel-SPD nicht „etwas zurückhaltender“, sondern noch bejahender als früher gegenüber.

4.3 Steuerpolitik III: Gabriels falsche Annahmen

Gabriels Steuerpolitik ist nicht nur unseriös und fantasielos, sie geht auch von falschen Annahmen aus. Kurz nach seiner Wahl sagte der SPD-Vorsitzende: „Der Voodoo-Keynesianismus, den sich CDU/CSU und FDP da ausgedacht haben, muss gestoppt werden – also der Glaube, durch Steuersenkungen Nachfrage zu schaffen. Die Steuersenkungsorgien der neuen Bundesregierung sind gefährlich, weil sie eine langfristige Wachstumsschwäche wie in Japan auslösen können.“ (Tagesspiegel, 27.11.2009)

Spätestens heute ist klar, dass nicht die Steuerpolitik der Bundesregierung, sondern Gabriels Warnungen gefährlich waren und sind. Deutschland hat aktuell das höchste Wirtschaftswachstum seit 20 Jahren und die geringste Arbeitslosigkeit seit 18 Jahren. Zudem hat die verantwortliche Steuerentlastungspolitik der Bundesregierung dazu beigetragen, die Binnennachfrage zu stärken. Diese Entwicklung zeigt, dass nicht die Politik der Bundesregierung aus „Voodoo-Keynesianismus“ besteht, sondern Gabriels Steuerpolitik auf falschen Annahmen beruht. Deshalb muss auch nicht die Politik der Bundesregierung gestoppt werden, sondern die Steuererhöhungspolitik von Sigmar Gabriel.

4.4 Arbeitsmarktpolitik I: Gabriels bewusste Irreführung der Öffentlichkeit

Der SPD-Vorsitzende kritisiert bei der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung unter anderem die Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger. Er sagt, dass dadurch „der Staat Niedriglöhne subventioniert.“ (Rede auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin, 26.9.2010)

Gabriel will damit die Öffentlichkeit bewusst in die Irre führen. Was er heute kritisiert, sah er früher mal ganz anders. Er schrieb: „Aus welchen biographischen oder sozialen Gründen auch immer, es wird auch in Zukunft eine nicht kleine Gruppe von Menschen geben, die aufgrund fehlender Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt der qualifizierten Jobs keine Stelle finden, mit der sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen (...) Gerade diese eher gering qualifizierten Jobs haben alle einen entscheidenden Nachteil: Ihre Produktivität ist relativ gering, so dass auch die Löhne niedrig sind.“ („Für einen Perspektivwechsel: Auf

dem Weg zum aktivierenden Sozialstaat“, in: Behrens, Fritz / Heinze, Rolf G / Hilbert, Josef / Stöbe-Blossey, Sybille (HrsG.): Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, 2005, S. 263-287, hier S. 274f.)

4.5 Arbeitsmarktpolitik II: Gabriels Rolle rückwärts beim Kombilohn

Damit sich diese einfach qualifizierte Arbeit auch lohne, schlug Gabriel noch vor wenigen Jahren einen Kombilohn vor: „Wer acht Stunden pro Tag arbeitet muss sicher sein, dass er einen akzeptablen Lohn erhält, der (...) höher ist als das Einkommen eines Menschen ohne Arbeit, der Transfereinkommen aus der Sozialhilfe oder dem Arbeitslosengeld II erhält. Dieser gesetzliche Mindestlohn wird vom Arbeitgeber zu einem der Produktivität entsprechenden Lohn bezahlt. Der Rest kommt durch Kombilohn oder durch eine negative Einkommenssteuer vom Staat. Nur auf diesem Wege werden wir relativ einfache Tätigkeiten attraktiv machen und für Menschen, die aufgrund ihrer begrenzten Qualifikation keine Arbeit finden, erschließen (...) Wer derartige Modelle weiterhin dauerhaft verhindern will, muss wissen, dass die Alternative die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und der Schwarzarbeit sein wird.“ („Für einen Perspektivwechsel: Auf dem Weg zum aktivierenden Sozialstaat“, in: Behrens, Fritz / Heinze, Rolf G / Hilbert, Josef / Stöbe-Blossey, Sybille (HrsG.): Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, 2005, S. 263-287, hier S. 275f.)

Heute scheint es Gabriel egal zu sein, ob er mit den jüngsten Beschlüssen der SPD zur Arbeitsmarktpolitik zur „Verfestigung der Arbeitslosigkeit und der Schwarzarbeit“ beiträgt. Von seinen Kombilohnvorschlägen will Gabriel jedenfalls nichts mehr wissen. In dem Beschluss des SPD-Bundesparteitages vom 26. September 2010 zur Arbeitsmarktpolitik taucht der Kombilohn kein einziges Mal auf. Auch von einem „der Produktivität entsprechenden Lohn“ ist nicht mehr die Rede. Stattdessen soll – losgelöst von der Produktivität – jetzt der Gesetzgeber, letztlich also der Staat, die Lohnhöhe festlegen. Zitat: „Der gesetzliche Mindestlohn sollte so ausfallen, dass eine Arbeitnehmerin, ein Arbeitnehmer sicher sein kann, bei Vollzeittätigkeit ohne öffentliche Hilfe den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Die SPD unterstützt die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.“ (Beschluss des SPD-Bundesparteitages, 26.9.2010)

4.6 Außenpolitik: Gabriels falsche Anschuldigungen

Der SPD-Vorsitzende argumentiert nicht nur unseriös und widersprüchlich, sondern erhebt auch falsche Anschuldigungen. Anfang des Jahres 2010 beschuldigte er die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, sich in der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr taktisch verhalten zu haben. Gabriel sagte: „Sie waren es, die im Jahre 2001 gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr gestimmt haben.“ (Rede im Deutschen Bundestag, 27.1.2010). Fakt ist jedoch: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem Mandat für die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan im Dezember 2001 zugestimmt.

4.7 Bildungspolitik: Gabriels Zick-Zack-Kurs bei den Studiengebühren

Der SPD-Parteivorsitzende vermittelt gern den Eindruck, er hätte feste Grundüberzeugungen und klare Vorstellungen von der Zukunft. Das Gegenteil davon ist richtig. Gabriel wechselt seine Positionen oft und gern. Auch bei den Studiengebühren fährt Gabriel einen Zick-Zack-Kurs.

2003 schrieb Gabriel mit dem Gestus des Vordenkers: „Wer sich für Menschen, ihre Zukunft und ihr Zusammenleben interessiert und wer dieses Zusammenleben aktiv mit anderen zusammen gestalten will, muss seiner Zeit vorausdenken und Orientierung geben.“ Bei seinem Versuch, der Zeit vorzudenken und Orientierung zu geben, bekannte sich Gabriel unmissverständlich zur Einführung von Studiengebühren. Er schrieb: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen deshalb ein System nachgelagerter Studiengebühren entwickeln.“ („Impulse. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD“, Berlin, 7.11.2003) Auch davon will Gabriel heute selbstverständlich nichts mehr wissen. Jetzt gibt er sich lieber populistisch und sagt: „Für Sozialdemokraten muss Bildung kostenfrei sein, vom Kindergarten bis zur Universität.“ (Rede auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden, 13.11.2009)

4.8 Energiepolitik: Gabriels plumper Populismus und dessen Ablehnung durch SPD und Grüne

In der Energiepolitik reicht der plumpe Populismus des SPD-Vorsitzenden inzwischen so weit, dass ihm nicht mal mehr die eigene Partei oder die Grünen folgen. Kurz vor dem SPD-Bundesparteitag in Berlin forderte Gabriel, über die Frage der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken einen Volksentscheid durchzuführen. Er sagte: „Das Beste wäre es, die

Bürger könnten in einer Volksabstimmung über die Laufzeitverlängerung abstimmen.“
(Spiegel online, 20.9.2010)

Sechs Tage nach Gabriels Interview war klar, dass selbst die SPD den billigen Populismus ihres Vorsitzenden zumindest in diesem Punkt nicht mitmachen wollte. Die auf dem Berliner SPD-Bundesparteitag vom 26. September 2010 beschlossene Resolution zur Energiepolitik enthält keinerlei Forderung nach einem Volksentscheid. Und auch die Grünen wollten von Gabriels Populismus nichts wissen. Deren Vorsitzender stellte klar: „Mein Eindruck ist, dass Aktionismus gut geplante Politik nicht ersetzt.“ (Cem Özdemir über Gabriels Forderung nach einem Volksentscheid über verlängerte Atomlaufzeiten auf Bundesebene, FAZ, 21.9.2010)

4.9 Gesundheitspolitik: Gabriels Rolle rückwärts bei mehr Eigenverantwortung

In dem Glauben, die Augen vor den steigenden Gesundheitskosten verschließen zu können, kritisiert der SPD-Vorsitzende die Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Er sagt: „Wer (...) die Kosten des Gesundheitssystems privatisieren will und aus der Parität herausgeht, der macht das Gegenteil. Privatisierung ist das Gegenmodell zur Solidarität. Wer privatisiert, der zerstört Solidarität und betreibt Klientelpolitik.“ (Rede auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden, 13.11.2009)

Wenn dieser Vorwurf stimmen würde, so würde er auf Gabriel zurückfallen. Schließlich war der SPD-Vorsitzende früher selbst ein Verfechter von mehr Eigenverantwortung im Gesundheitswesen. Gabriel schrieb: „... Ob gar verantwortliche Eigenbeteiligungsmodelle in der Krankenversicherung das Solidarprinzip aushöhlen – alle diese Fragen werden häufig als willkommene Killer-Argumente benutzt. Damit soll jeder reformerische Ansatz von vornherein denunziert werden.“ („Für einen Perspektivwechsel: Auf dem Weg zum aktivierenden Sozialstaat“, in: Behrens, Fritz / Heinze, Rolf G / Hilbert, Josef / Stöbe-Blossey, Sybille (Hrsg.): Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, Berlin 2005, S. 263-287, hier S. 279.) Von diesen Bekenntnissen will Gabriel jetzt nichts mehr wissen. Statt sich mit seinen früheren Überzeugungen konstruktiv in die Debatte einzubringen, versucht er lieber, die Gesundheitspolitik der Bundesregierung zu denunzieren.

4.10 Sozialpolitik: Gabriel kennt offenbar die eigene Beschlusslage nicht

Der SPD-Vorsitzende argumentiert nicht nur widersprüchlich und unseriös, sondern kennt bisweilen offenbar auch nicht mal die eigene Beschlusslage. So beschloss beispielsweise das SPD-Präsidium am 15. März 2010, beim Arbeitslosengeld „auf die Anrechnung von Vermögen vollständig zu verzichten“. (Beschluss des SPD-Präsidiums: „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“, 15.3.2010) Auf den Tag genau fünf Monate später gab Gabriel ein Interview, in dem er auf den Vorhalt, dass die Bundesregierung das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger erhöht hat, unwirsch antwortete: „... Ob das nun gerade sozialdemokratische Politikausrichtung wäre, wage ich zu bezweifeln.“ (ZDF, Berlin direkt, 15.8.2010)

Nicht zu bezweifeln ist in jedem Falle der SPD-Präsidiumsbeschluss, nach dem auf die Anrechnung von Vermögen „vollständig verzichtet“ werden soll. Gemessen an der Politik der Bundesregierung zur Erhöhung des Schonvermögens würde nach Gabriels Worten dieser SPD-Präsidiumsbeschluss nun entweder keine „sozialdemokratische Politikausrichtung“ enthalten, oder aber Gabriel würde die Beschlusslage seiner eigenen Partei nicht kennen. In beiden Fällen hätten sich Gabriel und die SPD zu korrigieren, nicht die Bundesregierung.

5. Sigmar Gabriel im Spiegel der Presse

- „Der SPD-Chef ergeht sich zuweilen in Maßlosigkeit, neigt zu falschen Behauptungen und geht selbst mit ihm Wohlgesinnten manchmal ruppig um.“ (Die Welt, 20.2.2010)
- „Fähnchen-in-den-Wind-Halter und grandioser Wahlverlierer.“ (SZ-Magazin, 5.3.2010)
- „... Sozialdemokratischer Leichtfuß (...) der jederzeit bereit ist, sich ein Thema (...) etwas hinzubiegen.“ (Hamburger Abendblatt, 14.8.2010)
- „Sprunghaft“ (Spiegel, 29/2010)
- „Aus-der-Hüfte-Schießer“ (Spiegel online, 26.10.2010)
- „Gabriel schlittert in die Populismus-Falle“ (Spiegel online, 13.10.2010)
- „... Wird den Ruch des Unseriösen nicht los.“ (Spiegel, 29/2010)
- „Gabriel [fällt] in sein altes Laster zurück: das Produzieren unausgereifter Ideen.“ (FAZ, 22.4.2010)
- Gabriel eilt „der Ruf des unsicheren Kantonisten und politischen Irrlichts voraus“. (ntv Dossier, 13.11.2009)
- „Er ist ein Populist, weniger ein Programmierer.“ (Handelsblatt, 1.10.2009)
- „Selbstverständlich ist Sigmar Gabriel der Mann für die Öffnung der SPD auch zur Linkspartei.“ (SZ-Magazin, 5.3.2010)
- „Sigmar Gabriel, das heißt mehr Schein als Sein.“ (Die Zeit, 8.2.2007)
- „Er wechselt gern die Meinung.“ (Handelsblatt, 1.10.2009)
- „Gabriel gehört zu jenen Politikern, die zu jedem Thema eine Forderung haben und für wenige Probleme eine Lösung – ohne dass sie das allzu sehr stört.“ (Welt online, 13.8.2007)
- „Cholerisch (...) flatterhaft (...) unzuverlässig (...) eitel.“ (Handelsblatt, 1.10.2009)
- „Mann ohne Überzeugungen (...) Jemand, der mit jeder Strömung schwimmt, wenn es der Karriere dient.“ (Spiegel online, 5.11.2007)